

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1.40 Mk. für die Woche, 4.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23835, Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H., Breslau. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Sonntag, 20. März 1921

Anzeigenpreise: Die 8 getragene Millimeterzeile oder deren Raum 0.30 Mk., auswärts 0.35 Mk. Stehen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0.40 Mk. Rechtsmet: Die Millimeterzeile, 3 Spalten oder deren Raum im Text 3.- Mk.

Das Ende des Kronstädter Aufstandes.

Die Konterrevolution in Deutschland.

Stockholm, 17. März. Aus Riga wird telegraphiert: Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetregierung in Lettland erhielt ein Telegramm vom Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, wonach Kronstadt von den Sowjettruppen eingenommen worden ist.

(W.B.) Stockholm, 18. März. Die Mitteilung von dem Fall Kronstadts wird von dem Kronstädter Revolutionskomitee, das mit 800 Soldaten in Finnland angekommen ist, bekräftigt.

Zur Einnahme Kronstadts.

Mit der Einnahme Kronstadts durch die Truppen der Sowjetregierung sind den Feinden der Bolschewisten auch in Deutschland wieder mal die Felle fortgeschwommen. Noch vor einigen Tagen konnten sich die Blätter von der rechten bis zu der menschenwürdigen Parteipresse nicht genug tun in tendenziöser Aufbauschung der Kronstädter Meuterei. Jetzt aber, nachdem die Sowjetregierung wieder ihre Kraft und Ueberlegenheit gegen heimtückische und offene Feinde bewiesen hat, will man der Kronstädter Bewegung keine erhebliche Bedeutung beimessen und mit ihrem Zusammenbruch schon seit Tagen gerechnet haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, daß der Zusammenbruch des Kronstädter Aufstandes nicht ohne Einfluß auf den Gang der Rigaer Verhandlungen bleiben werde, und daß die Sowjets, nachdem sie die unmittelbare Gefahr überwunden haben, den Polen gegenüber wieder energischer auftreten werden. Das antibolschewistische „Berliner Tageblatt“ muß mit saurer Miene zugestehen, daß durch den für seine Urheber natürlich verhängnisvollen Ausgang des Kronstädter Unternemens der ganzen gegen die Sowjetregierung gerichteten Bewegung fürs erste ein tödlicher Schlag verfehlt ist. Die siegreichen Bolschewisten würden von ihrem Erfolg auch in allen anderen Teilen des Landes Nutzen ziehen.

Abchluss der russisch-polnischen Friedens-Verhandlungen.

Riga, 18. März. Das Sekretariat der Friedenskonferenz teilt amtlich mit, daß die Konferenz ihre Arbeiten beendet habe. Der Friedensvertrag wird heute abend 7 Uhr unterzeichnet werden.

Die Kampfanfrage der Regierung.

Die „Rote Fahne“ beschlagnahmt.

Am Freitag erschienen Kriminalpolizisten in der „Roten Fahne“, um die noch vorhandenen Nummern der Morgenausgabe zu beschlagnahmen. Den Anlaß zu dieser beschlagnahme gab der Artikel „Eine klare Antwort“. Der Betrieb ist von der Kriminalpolizei befehligt, um die Herausgabe der Kopfbblätter zu verhindern.

Die Berliner Arbeiterschaft wird auf diese unerhörte Provokation zu antworten haben.

Der Artikel der „Roten Fahne“: „Eine klare Antwort“ erklärt, daß der bayerische Minister Kahle und seine Ortschaften auf das Gesetz über die Entwaffnung der Einwohnerwehr pfeifen, noch ehe das Gesetz da ist. Die „Rote Fahne“ erklärt, daß die Arbeiter, genau wie die Ortschaften, auf das Gesetz pfeifen müssen, daß sie der bewaffneten Konterrevolution, die ihre Gewehre auf die Brust des revolutionären Proletariats gerichtet hat, den bewaffneten Selbstschutz der Arbeiter gegenüber stellen müssen.

Der Vormarsch Hörsings mit seiner Sipo in das mitteldeutsche Industriegebiet, die Bewaffnung und Mobilisierung der Einwohnerwehr in Schlefien, angeblich gerichtet gegen polnische Ueberfälle, und das reaktionäre Verhalten der bayrischen Ortschaften, sollen das Vorgehen der Konterrevolution gegen die Arbeiter einleiten.

Die neue alte Offensive gegen Sowjetrußland.

Von M. Balerin.

Karl Marx sagt, daß die Revolution die Gegenrevolution offensiv macht. Sowjetrußland hat die Reaktion aller Länder aus ihren verborgenen Winkeln hinausgeräuchert, es hat alle Mächte des Kapitalismus gegen sich mobil gemacht, es hat alle gezwungen, Farbe zu bekennen. Vor der Tatsache der russischen Revolution gebe es kein entweder — oder, keine Schankelpolitik, keine Neutralität. Die russische Revolution hat alle Kräfte heruntergerissen und alle Staaten und politischen Parteien gezwungen, als das zu erscheinen, was sie sind. Die Massen konnten sehen, welche Kräfte der Kapitalismus hat und in wessen Dienst die verschiedenen politischen Faktoren stehen. Und die, die gleich waren, haben sich gefunden. Das demokratische England und das freie Amerika, das siegreiche Frankreich und das besiegte Deutschland, Brandel und Scheidemann, Renaudel und Breitscheid, der Papst in Rom und der Patriarch in Konstantinopel, sie alle haben, was Sowjetrußland betrifft, eine Laus und eine Seele. Renaudel, Scheidemann und Breitscheid werden gegen diese Gleichstellung protestieren und vielleicht wird ihr Protest sogar subjektiv ehrlich sein. Es kommt aber nicht auf die Illusionen, die sich ein Mensch oder eine Partei über sich macht, es kommt darauf an, was sie im realen Leben, in der Welt der Tatsachen sind. Diese beste aller Welten ist schon einmal so eingerichtet, daß sie uns nicht hundert Wege zur Auswahl offen läßt, sie zeigt uns nur zwei Möglichkeiten, zwei Wege, sie verlangt ein klares „Ja“ oder „Nein“. Die gigantische soziale Krise unserer Tage stellt vor die Frage: mit Sowjetrußland für die Weltrevolution oder gegen Sowjetrußland und damit für die Weltreaktion.

Und in diesen Tagen, in denen unsere russischen Brüder mit neuen ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, haben sich die Geniratsparteien aller Länder, ohne es zu wollen und gegen ihren Willen, aufs neue entlarvt.

Es war klar, daß die Entente eine neue Frühjahrs-offensive gegen Sowjetrußland beginnen wird. Es war vor allem klar, daß der Kapitalismus den ersten und wichtigsten revolutionären Machtfaktor nicht in Frieden lassen wird. Es entstand nun die Frage, welche Form der neue alte Kriegszug gegen Sowjetrußland nehmen wird. Wir müssen von unseren Gegnern nicht annehmen, daß sie weniger klug sind als wir. Und unsere Gegner haben seit drei Jahren begriffen, daß die offene, brutale Intervention gegen Rußland kein sicheres Geschäft ist. Der Drahtverleger Clemenceau, die polnische Offiziere Brandels haben die Stavenhalter in Paris und London eines besseren belehrt. Sie wechselten die Methode, was noch nicht heißen soll, daß sie auf den Gedanken der direkten militärischen Intervention vollständig verzichtet haben.

Die sogenannte öffentliche Meinung sollte gut bearbeitet werden. Vor zwei Monaten begann eine neue konzentrierte Lügenoffensive gegen Moskau. Die Radiostationen in Petersburg, London und Paris funkten, was sie nur konnten. Als betrogene Betrüger gingen die Menschewiki, Bungeuissen, die Ritter Hilferding als erste in die Falle. Die Gegenrevolutionäre in Paris sahen, daß niemand an die Larenten nachrichten mit mehr Inanspruch als die „sozialistischen“ Zutruumsarten glaubten und funkten weiter.

In Wien tagte am 20. Februar die Internationale 2 1/2. Da funkten die Herren in Paris und Hilferding erst recht, denn es galt die in Wien versammelten Sozialisten zu informieren und richtig, der Kongress in Wien unternahm die Frühjahrs-offensive noch vor der Offensive der Entente. Sie brach eine Lanze für Paris und London. Sie beschloß die Vaterlandverteidigung Georgiens, sie kümmerte sich nicht um das Schicksal des russischen Proletariats, sondern um das Gedeihen der russischen Bourgeoisie. Der Sitzkrieg in Paris funkte täglich die Sitzungsberichte der Wiener Konferenz in russischer Sprache nach allen Funkstationen Sowjetrußlands und in alle Großstädte der Welt.

Nach den Plänen der Gegenrevolutionäre sollte eine Offensive der Arbeitermassen Europas unter Führung der Zentralpolitiker der „sozialistischen“ Parteien für Georgien und gegen Rußland beginnen; in diesen Lärm sollte dann die Offensiv der Entente gegen Moskau vor sich gehen. Georgien sollte die Parole der Gegenrevolutionäre werden. Dieser erste Teil des Planes mißlang.

Der zweite Teil des Planes wurde in Epeze gesetzt. Herr Briand wußte ganz genau, daß die Verhandlungen in London sich nicht abwickeln werden. Er hat es in der Kammer offen gehalten und sich sogar seines prophetischen Gesühls gerühmt. Damit er in London freie Hand haben sollte, mußte etwas

Vor einem Krieg um Oberschlesien?

Daß die deutsche Regierung wenig Vertrauen hat zu dem Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien, zeigt uns das fieberhafte Rasten der Militärs an der deutsch-polnischen Grenze. Nach bestimmten Meldungen sind dort in letzter Zeit Truppen in einer Stärke konzentriert worden, die die Zahl der von der Entente bewilligten 100 000 Mann bei weitem übersteigen.

Aus bestimmter Quelle bekommen wir außerdem die Nachricht, daß die Studenten in der Ortschaft zum Ausschlag drängen. Sie seien überorganisiert und könnten ihre Leute nicht mehr halten. Die verschiedenen Behörden wissen sehr wohl um die Stimmung bei diesen Leuten, sie glauben auch an eine bewaffnete Auseinandersetzung um Oberschlesien, sie haben aber „keine Macht“, um dies zu verhindern. Ortschaft regiert!

Loriot und Souvarine freigesprochen.

Die dritte Republik der Krautjunker und Marschälle will die hungrigen Mägen der Hunderttausenden Arbeiter und der Bevölkerung der verwüsteten Gebiete nicht nur durch die Siegesüberlegen Fochs am Rhein, sondern auch durch politische Prozesse füttern. Bei den revolutionären Arbeitern Frankreichs erregt diese ihnen zugesagte Nahrung Empörung; anders bei der Masse der Kleinbürger, die noch immer glauben, daß aus Deutschland ein Goldstrom fließen wird und daß die Bolschewiki die Söhne der Hölle sind.

Seit einem Jahr befinden sich Loriot und Souvarine in Untersuchungshaft. Eine ganze Literatur hatte die Boulevardpresse über die „Schuld“ der beiden Genossen geschrieben. Staatsanwälte, Richter, Journalisten, Politiker, alle waren an der Arbeit, um zu zeigen, daß Souvarine und Loriot jeden zweiten Sonntag nachmittag die Revolution „waten“ wollten. Die Arbeit der Vaterlandverteidiger war vergebens, der Staatsanwalt konnte nichts finden. Seine ganze Argumentation war ungefähr die folgende: Loriot und Souvarine sind nicht schuldig, weil sie etwas verbrochen haben, sondern sie sind deshalb, weil sie im Gefängnis sitzen. Einige Richter aus der Heide des Staatsanwaltes seien hier wieder gegeben: „Verurteilung heißt, solche Strafen zu verketten wie sie die III. Internationale hat! Die Staatsanwaltschaft hat keine Fesseln nötig; die Klagen der Angeklagten genügen.“ Diese Beweisführung genügt den Geworbenen nicht, und so wurden Loriot und Souvarine freigesprochen.

Herr Briand hat eine kleine Schlacht verloren. Dieser große Revanchepolitiker wird seine Rache schon nehmen; er wird weitere Komplotte entdecken lassen, er wird weiter die Gefängnisse der Republik füllen, um den Proletariern zu beweisen, daß die Regierung der Republik die beste aller möglichen Regierungen in dieser besten aller Welten sei.

Italienische Bergwerke von Arbeitern besetzt.

Aus Triest wird gemeldet: Als Gegenschlag gegen die fortgesetzten Gewalttaten und Provokationen der Wagnardisten haben die Arbeiter der Kohlenbergwerke von Aisa und Albona von den Gruben Westy ergriffen und auf den Bergen die rote Fahne gehißt.

Ledeboours Mörderzentrale.

Die antikommunistische Heise Ledebours hat bei der antibolschewistischen Liga schon ihre Früchte getragen. Die Scherl-Stinnes-Presse nimmt die Gulekinaden des „armen Teufels“ ernst und nicht mit der kommunistischen Mörderzentrale politische Geschäfte zu machen. Sie lenket die handgreiflichen Blutkuren der weiß-n Garde und sucht sogar das Siegesalleeamt unserer Genossen an die Rockschöße zu hängen. Zwar ist es ganz still geworden von diesem aufgekauten plumpen Schwanzel, der nur eine Lappensensation und eine handgemachte Auswanderung war; aber wenn Ledebour mit der Mörderzentrale verknüpft, so scheut sich die reaktionäre Journaille nicht, unsere Genossen Levi und Hoffmann auf andeutende und da nur schwer fassbare und umso hinterhältiger Weise mit der Schachtel in Zusammenhang zu bringen, die auf der Siegesallee angeblich mit Sprengstoff gefüllt gefunden wurde. „Dr. Dethlers Badpulver“ war darauf gedruckt. Dieses Pulver hat die Eigenschaft zu haben, die inneren und äußeren Beziehungen der niederrächstigen Gegenrevolutionäre mit den kommunistenfeindlichen Unabhängigen und Rechtsjournalisten noch fester zusammenzubinden.

Kommunistischer Erfolg in Bitterfeld.

Bei den am Montag, den 14. März, stattgefundenen Betriebsratswahlen in der Anilinwerke-Filmfabrik konnten wir den ersten Sieg im Bitterfelder Industriebezirk erringen. Es waren 1775 Stimmen abgegeben, davon erhielt die Liste der K. P. D. 991, die Liste der Gewerkschaften 767, ungenannt waren 17. Zu erhalten somit sieben, die Gegen sechs Mandate. Das Resultat zeigt, daß die Arbeiterschaft es fast hat, sich von den Gewerkschaftsbögen und ihren Handlungen an der Nase herumzuführen zu lassen.

zur das getarnte Substrat in Europa geschehen. In Sowjetland laufen die Menschewiki frei herum, in Sowjetland herrscht die Not und der Hunger. Was leichter als die Menschewiki von außen zu unterwerfen, ihnen Mut einzusprechen. Und im Augenblick der Londoner Konferenz entfiel die Minister in Krasnodar. Stelle sich jemand das glückliche Gesicht Orlando in London vor. Durch Krasnodar sollte in den Reihen des Proletariats des Westens eine Panik entstehen, eine Welle der Ratlosigkeit sollte sich über die proletarischen Zentren in Paris und London, in Berlin und in Mailand verbreiten. Dadurch sollte erreicht werden, daß das Proletariat die Londoner Beschlüsse fatalistisch hinnehmen sollte. Vor allem aber sollte das deutsche Proletariat getroffen werden. Die Welt sollte nicht nur von der Unbegehrtheit der Jungfrau von Orleans, sondern auch von der Unfehlbarkeit Orlando überzeugt werden.

Sicher, Rußland durchlebt jetzt eine schwere Krise. Rußland ist jetzt von einem Meer von Gefahr umgeben. Gefahren aber haben der Sowjetmacht seit dem ersten Tag ihres Bestehens gedroht. Heute sind die Schwierigkeiten besonders groß. Es sind die Hindernisse, die sich der produktiven Arbeit in den Weg stellen. Gegen sie müssen unsere russischen Genossen kämpfen. Es entsteht aber nun die große Frage, wie man sich zu diesen Schwierigkeiten verhält. Versucht man die Schwierigkeiten gegen die Sowjetmacht propagandistisch auszunutzen, wie es die Menschewiki in und außer Rußland tun. Versucht man aus diesen Schwierigkeiten Argumente gegen die proletarische Regierung zu schmieden, sie im Interesse des Weltkapitals zu bekämpfen, oder arbeitet man gegen diese Schwierigkeiten und für das Leben der russischen Revolution, wie es die Kommunisten in Rußland tun.

Die russische Revolution ist in Gefahr, sie kämpft um ihr Leben, wie sie es seit drei Jahren tut. Die Proletarier des Westens, die Proletarier Deutschlands dürfen nicht in dem bequemsten Glauben leben und sich sagen: „Troß und Senin werden schon die russische Revolution retten“. Sie müssen wissen, daß das Schicksal der russischen Revolution von ihrem eigenen Willen, von ihrer eigenen Tatkraft und ihrer eigenen Aktion abhängt.

Es ist sehr bequem, sich über die russische Revolution zu freuen, für sie begeistert zu sein, wenn die roten Truppen vor Warschau stehen, oder wenn die rote Flagge in Sebastopol flattert, „der Nacht singt gern ein Freiheitslied des Abends in der Schenke, das fördert die Verdauungskraft und wärmt die Getränke“. — Die russische Revolution ist nicht nur eine Risikobekämpfung für das Proletariat des Westens. Sie ist kein vom Himmel gefallenes Geschenk für das Proletariat Europas. Sie legt dem Proletariat aller Länder Verpflichtungen auf, die es bei Strafe des eigenen Unterganges erfüllen muß. Je schwieriger, je gefährlicher die Lage unserer Brüder im Osten ist, desto machtvoller, desto größer müssen die Aktionen der Proletarier im Westen sein.

Die Herren in London wollten das Proletariat in Panik versetzen, damit sie ihre ungeheuren mörderischen Pläne gegen die unmittelbaren Lebensmöglichkeiten des deutschen und russischen Proletariats in die Tat umsetzen können. Das Proletariat muß antworten, es muß zeigen, daß die Erfahrungen des Weltkrieges, daß die Erfahrungen der deutschen und russischen Revolution nicht vergebens waren: es muß die neue ungeheure Kabelle gegen das Leben Millionen Werktätiger, es muß die neue Offensive gegen Sowjetrußland und für die Londoner Abmachung mächtig durchkreuzen.

Politische Uebersicht.

Für Kopp zehn Jahre ins Zuchthaus.

Schon von den Kappianen kein einziger bestraft worden ist, werden die Arbeiter, die sich an der Abwehr des Reichstages beteiligten, trotz aller Anstrengungen noch immer verfolgt. Der Schourzarschibewegung vom 16. März in Halle entrollte ein klares Bild, wie wohlvorbereitet die Gegenrevolution im Mansfelder Sectreis war. Bei der Entlassung der dortigen Großhändler zeigte sich besonders der Freiheit v. Kuppige auf seinem Gut mit Maschinen-gewehren usw. zur Wehr. Dabei wurde er, als er mit einem Gewehr bewaffnet aus dem Tor trat, aus einem Haufen von 40 bis 50 Menschen erschossen. Vor dem Schourgericht stand nun der achtzehnjährige Arbeiter Friedrich Staat aus Erm. leben, der auf das Zeugnis eines einzigen Menschen von den Geschworenen schuldig gesprochen wurde, obwohl ihn die übrigen 39 Zeugen größtenteils entlasteten. Das Gericht ging noch über den Antrag des Staatsanwaltes (sechs Jahre Zuchthaus) hinaus und verurteilte den zu jener Zeit gerade 18 Jahre alten Menschen zu einer Zuchthausstrafe von zehn Jahren. Bei der Verkündung des Urteils gingen die Geschworenen durch den Saal. Wie es nun die Objektivität der bürgerlichen Berichte in politischen Prozessen sieht, das wird auch der letzte Proletarier des Mansfelder Sectreises von seinen Genossen erfahren.

Die „republikanischen“ Staatsanwälte.

Am 18. März fanden vor der Strafkammer in Glad 13 Angeklagte (SPD, USPD, und SPD, angehört) wegen „Angriff“ auf die Reichsregierung in Frankfurt. In seinem Plädoyer führte der Staatsanwalt v. Gellhorn unter anderem aus:

„Das der „republikanischen“ Revolution ist es bei der Reichsregierung seitens der Reichsregierung zu sein, ihre Leistungen mit Bewußtsein zu betätigen.“

Wir sind in der Gegenrevolution wirklich schon sehr weit vorgeschritten, daß sich die Staatsanwälte der „republikanischen“ Republik solche Töne erlauben dürfen. Das hindert die „Republikaner“ der SPD, aber nicht, weiterhin von Freiheit, Demokratie, die Sozialisierung ist auf dem Marsche, zu sprechen. Es ist auch, daß die SPD, zu Verteidigung ihrer Sache keinen Verteidiger gehabt hätte. Ob man mit den rüchigen Elementen, die es gewagt haben, die nationalsozialistische Bewegung zu verhindern, nicht mehr zu tun haben muß?

Ins Gesicht geschlagen.

Aus Danzig wird berichtet, daß im dortigen Parlament der unabhängige Abgeordnete Graevor Schmidt dem deutschen nationalen Abgeordneten Baunoortheier Dahler eine Ohrfeige gab. Die Fraktion der Unabhängigen bedauerte den Vorfall, billigte jedoch das Verhalten ihres Fraktionskollegen auf Grund des vorangegangenen Sachverhalts. Wir haben darüber noch keinen genaueren Bericht, aber wir können es begreifen, daß selbst die geüblichen Unabhängigen sich bis auf Blut gereizt fühlen, wenn man die dreisten Töne und die unverschämte Gebärdenprache der rechtsprechenden Elemente kennt, die auch in den Parlamenten ihre Verachtung nach links mit einer Frechheit zur Schau tragen, die auf den Novemberumsturz und die Arbeiterschaft gleichermaßen pfeift.

Das Demotratengefindel und „Der Junge Genosse“.

Vor dem Reize nahm in den bürgerlichen Zeitungen die Döge gegen die sozialdemokratische Agitation unter den Jugendlichen einen breiten Raum ein. Es gab damals Entrüstungs-schreie und Denunziationen beim Staatsanwalt in Halle und Jülich. Der Reize kam, die „Arbeiterjugend“ wurde zur Stätte wüster nationalsozialistischer Propaganda und das Bürgertum war hoch bestrebt über das Jungsozialentum, das unter der Leitung der verächtlichen Renegaten Heinrich Schulz und Karl Korn emporgeschichtet wurde.

Heute hat das Bürgertum wieder Anlaß, über revolutionäre Jugendagitator zu schreiben. Die „Kommunistische Jugend“ erfüllt die jungen Arbeiter mit jenem Geiste, in dem das Bürgertum mit seinem Instinkt eine schwere Gefahr für seine Herrschaft mittert. Daß aber heute die Propaganda für die kommunistischen Ideen schon dort einsetzt, wo die bürgerliche Verfassung beginnt, nämlich in der Volksschule, darüber gerät auch jenes Epischekum in Aufregung, daß sich sonst immer „demokratisch“ zu drapieren pflegt.

Ein Mofse-Organ ist es, die Berliner „Volkzeitung“, die sich geradezu giftig-schwammig gegen die von der kommunistischen Jugendinternationale herausgegebene Zeitschrift „Der Junge Genosse“ wendet. Diese Zeitschrift, die von dem Genossen Hoernle vorbildlich redigiert wird, hat den Beifall aller in der Jugendbewegung tätigen Genossen gefunden, und noch mehr, sie hat sich die Herzen der Arbeiterkinder gewonnen, für die sie bestimmt ist und die mit Begeisterung durch Vorbereitung, Lektüre von Beiträgen und Zeichnungen an ihrem Organ mitarbeiten. Gerade darüber ist das Blatt des demokratischen Geldfades empört:

„Die Selbstgeber, Drahtzieher und Macher des „Jungen Genossen“ erheben hoffentlich keinen Anspruch darauf, anders wie als gemeingefährliche, verbrecherische Geher gewertet zu werden, denen unverzüglich das Handwerk gelegt werden muß. Der Inhalt der Zeitschrift ist einfach unqualifizierbar, und die „Beiträge“ elfjähriger „Genossen“ eröffnen erschütternde Einblicke in die Geistesverfassung junger Menschen, deren Seele von dem russischen Giftstoff gefüllt ist.“

Es ist allerdings „unqualifizierbar“ für einen Kapitalisten, wenn er sieht, daß die Kinder des arbeitenden Volkes z. B. darüber belehrt werden, daß der Weltkrieg ein Verbrechen aller Regierungen war, daß Mut und Ueberzeugungstreue in diesen Jahren nur bei den verhassten und verfolgten „Spartakisten“ zu finden war, wenn er sieht, daß der Geist der Solidarität in die jungen Seelen geflanzt wird, und wenn er — das schlägt dem Herz den Boden aus! — gar merkt, daß die Kinder die Wahrheit über Sowjetrußland hören. Die „Volkzeitung“ schreit entsetzt nach der Zensur und nach dem Staatsanwalt, denn lieber wird die „Freiheitszeitung“ über Bord geworfen, als daß man eine Störung des systematischen Verdummungsprozesses der Volksschulen in Kauf nimmt. Der Erguß der „Volkzeitung“ endet mit folgender Aufforderung:

„Es ist Pflicht der Schulbehörden, sich den „Jungen Genossen“ und die von ihm vertretenen „kommunistischen Kindergruppen“ einmal recht genau anzusehen, und sie werden gut tun, die Angelegenheit weniger vom politischen als vom kriminalistischen Standpunkt aus zu betrachten.“

Wir zweifeln nicht daran, daß die angezogenen Schul-tyrannen und Staatsanwälte die Wünsche der „Volkzeitung“ erfüllen werden. Die übrige bürgerliche Presse wird sich der Sache ebenfalls annehmen, und ein allgemeines Resselreiben gegen die kommunistischen Kindergruppen wird einsetzen. All das ist nur ein Beweis mehr für unsere Genossen, daß sie mit diesen Kindergruppen auf dem richtigen Wege sind. Kann erst recht muß „Der Junge Genosse“ in den Schulen verbreitet werden, und wenn es gegen den Willen einer hohen Schulbehörde geschieht! Und dem Lappencaput in der „Volkzeitung“ antworten die Arbeiter auf seine schamlose Denunziation am besten dadurch, daß sie, soweit sie noch Leser oder Abonnenten dieses Blattes sind, ihm den Rücken kehren.

Ausland.

Der englische Thronfolger hat Angst vor den Arbeitslosen.

Das London wird gemeldet: Nach den peinlichen Erfahrungen, die kürzlich der englische Thronfolger bei dem Besuch von Glasgow gemacht hat, vertritt er keine Hoffung, sich wiederum dem Jura der arbeitlosen Massen anzuschließen. Die Stadt Korowich hatte den Thronfolger kürzlich eingeladen, sie zu besuchen und sich freiwillig das Ehrenbürgerrecht von Korowich verliehen zu lassen. Da der Thronfolger aber weiß, daß gerade in Korowich viele Tausende erwerbslose Arbeiter vorhanden sind, dachte er für die Einladung und erachtete, daß man die Feindschaft auf eine günstige Zeit verschoben müßte.

Die Wirtschaftskrise in Spanien.

Wie aus Barcelona berichtet wird, wird die Krise in der spanischen Textilindustrie immer schärfer. In Barcelona ist ein Teil der Fabriken ganz geschlossen, und die übrigen arbeiten drei bis vier Tage in der Woche. In den übrigen Industriepfählen Cataloniens ist die Lage genau so ungünstig. Es ist klar, daß diese wirtschaftlichen Bedingungen zur ständigen Verschärfung des Klassenkampfes in Spanien beitragen.

Auffschwung der kommunistischen Presse in Italien.

Wie aus Mailand gemeldet wird, gibt es in Italien gegenwärtig bereits 19 kommunistische Organe, die teils täglich, teils wöchentlich, erscheinen. Abgesehen von L'Ordine, Nuovo in Turin, Il Lavoratore in Triest und Il Comunista in Mailand erscheinen kommunistische Organe bereits in Rom, Florenz, Neapel, Venedig, Messina, Mantua, Como, Ancona, Cremona, Forli und verschiedenen anderen Städten.

Kapitalistische Wirtschaft Unternehmerfabotage.

Am Sonnabend wurde der Belegschaft der Grube „Roberts Hoffnung“ bei Bergaw von der Direktion geantwortet, daß vom Montag, den 1. März an, in der Grube und beim Abraumbetrieb nur noch fünf Stunden pro Schicht gearbeitet werden; die Breittfabrik soll weiter voll arbeiten. Als Grund zu der Betriebsbeschränkung gibt die Direktion Abschließung an. Um neue Kündigungen zu vermeiden, sei diese Maßnahme getroffen worden. Haben wir denn keine Kohlen mehr nötig? Die vorgeschobenen Gründe der Direktion sind so durchsichtig, daß sie von jedem Arbeiter sofort als Schwindel erkannt werden. Der geschmälerte Profit hat die Unternehmer zu ihrem Vorgehen veranlaßt. „Nur die Arbeit kann uns retten!“ Diese Phrase wird hier nicht enthüllt.

Aus Sowjet-Rußland.

Erholungsheime für Arbeiter. In Petrograd waren bereits im Mai 29 Erholungsheime für Arbeiter im Betrieb. Moskau zählt im ganzen 2 Erholungsheime für 160 Personen; in der nächsten Zeit sollen noch einige eröffnet werden, so daß bis zur Sommerferien bis 3000 Arbeiter in diesen Heimen untergebracht werden können. In den Heimen werden Vorträge abgehalten, Bibliotheken eingerichtet usw. Die Zuweisung der Plätze in den Heimen erfolgt durch die Gewerkschaften.

Kindersorge in Sowjetrußland. In Maximowa (Gouvernement Simbirsk) ist eine Schule für geistig minderwertige Kinder errichtet worden; die Schule ist mit einer Kollektivwirtschaft verbunden, die von den Kindern besorgt wird.

Moskau. Im Gouvernement Iwanowo-Bosnesensk wurden für 2000 Kinder Sommerkolonien eingerichtet.

Das Erziehungs- und Unterrichtswesen in den Sowjetrepubliken. Laut Beschluß des Rates der Volkskommissäre der Ukraine wurden 5 neue Erziehungsheime für jugendliche Verbrecher eingerichtet.

In Charlow ist ein Musterheim eröffnet worden. Im Gouvernement Saratow wurden 32 neue Schulen ihrer Bestimmung übergeben.

Die Jugend in den Sowjets. „Izwestia“ meldet: In den Minister Sowjet wurden 11 Mitglieder, in Dobrinsk 7 Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes gewählt.

Justiz-Kurse. „Izwestia“ meldet: Die Justizabteilung des Moskauer Sowjets eröffnet Kurse für alle Zweige der Sowjetjustiz und zur Vorbereitung von Volks- und Untersuchungsrichtern.

Die Vorbereitungen zur Frühjahrskampagne. Im Volkskommissariat für Landwirtschaft wird gegenwärtig an den Vorbereitungen zur Frühjahrskampagne eifrig gearbeitet.

Die Öffnung der Grenzen macht es möglich, nicht nur das in den letzten Jahren stark abgenutzte Bauinventar zu verbessern, sondern auch neues einzuführen.

Der Plan des Volkskommissariats für Landwirtschaft schließt auch den Ankauf von 2900 Traktoren ein. Da aber die Bauernschaft offenbar nicht so schnell zu der Arbeit mit Motoren übergehen können wird, so wurden die Bedürfnisse der bäuerlichen Kleinwirtschaft berücksichtigt, indem 250 000 Pflüge, 8500 Eggen, 4200 Sämaschinen im Ausland bestellt wurden. Es wurde auch eine Bestellung von 3 Millionen Samen, 10 000 Mähmaschinen, 10 000 Pflanzmaschinen, 1000 Garbenbinder, 5000 Erntemaschinen, 3800 Dreschmaschinen usw. gemacht. Für die Landwirtschaft ist eine halbe Million Rub der besten Samen eingelaufen worden. Auch die anderen Zweige der Landwirtschaft, Gemüsegewirtschaft, Viehzucht werden mit dem notwendigen Inventar versorgt werden.

Ein Teil der bestellten Waren ist schon eingetroffen, darunter 70000 Pflüge, über 4000 Eggen, 8000 Mähmaschinen.

Der Bergbau in Sowjetrußland. Im Gouvernement Orenburg sind neue Goldgruben in Betrieb gesetzt worden.

Volkgericht über Volkverräter. Das Revolutionstribunal hat die Sache des Urban verhandelt, der bei der Angelegenheit der Krassaja Gorka im Jahre 1919 zusammen mit den Weißgardisten verraten hatte. Der Angeklagte wurde schuldig erkannt und von dem Gericht zum Tode verurteilt, doch wurde mit Rücksicht auf die Umstände die Todesstrafe in eine 15jährige Zwangsarbeit umgewandelt.

Aus der Partei.

Arbeiter von Lauban für die Freilassung des Genossen Klein.

Die am 16. März in Lauban stattgefundene öffentliche Volksversammlung der KPD. protestierte gegen die widerrechtliche Verhaftung des Kommunisten Klein. Sie fordert die sofortige Freilassung und ist gewillt, für die Befreiung des Genossen Klein auf das energischste einzutreten.

Das Verhalten der Gefängnisverwaltung gegenüber unseren Genossen Klein wird mit jedem Tag gemeiner. Nicht nur daß sie ihn dauernd zu photographieren suchen, sondern versuchten zwei Aufseher den Genossen Klein mit Gewalt aus der Zelle zu reißen, und Fingerabdrücke von ihm zu machen. Sie wurden aber abgeschüttelt. Genosse Klein hat sich aber bei diesem gemeinen Ueberfall den Arm zerschlagen.

Kommunisten sind vogelfrei. —

Den meinelidigen Märschführer Hauptmann Kessel läßt man gegen Reaktion laufen.

Sitzung des Zentralausschusses.

Am 17. März tagte in Berlin der Zentralausschuß unserer Partei, erweitert durch die Sekretäre der einzelnen Bezirke und die Redakteure unserer Parteizeitungen. Die anwesenden Genossen waren mit der Zentrale einig dahin zu wirken, daß organisatorisch wie geistig unsere Partei in intensiver Weise rüsten muß zum Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, daß sie bereit sein muß, den Kampf gegen die bürgerliche Regierung aufzunehmen, die mit der Entente Abmachungen trifft zu maßloser Ausbeutung des deutschen Proletariats. Die Schwierigkeiten, in die die Regierung durch die Abstimmung in Oberschlesien und durch die Sanktionen gerät, verpflichten das Proletariat zu größter Aufmerksamkeit. Die frechen Provokationen Hörsings darf das mitteldeutsche Proletariat nicht ruhig hinnehmen. Der Kampf muß vom Proletariat aufgenommen werden. Darin waren sich die zu der Zentralausschusssitzung anwesenden Genossen einig.

Gewerkschaftliches.

Die Rüftungen der Unternehmer.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-Verbände hielt dieser Tage in Berlin ihre Mitgliederversammlung ab. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß sich der Mitgliederbestand im Laufe des letzten Jahres mehr als verdoppelt hat. Der Vereinigung gehören an: 1591 Verbände mit etwa 100 000 Betriebl., in denen gegen 8 Millionen Arbeiter beschäftigt werden.

Der Bericht hebt hervor „das gewaltige Werk der Umstellung der deutschen Arbeitsverhältnisse auf dem Boden der tariflichen Vereinbarung“. Es sind allein in einem Jahre gegen 18 000 Tarifverträge abgeschlossen worden. Die Arbeitgeber bezeichnen das als eine günstige Entwicklung, erklären aber, die tariflichen Vereinbarungen dürfen nicht „beherrschender Zwang“ unterworfen sein. Sie wollen auch weiterhin am Gedanken der Arbeitsgemeinschaft festhalten, ohne sich dauernd auf deren gegenwärtige Form festzuliegen.

Der Bericht zeigt eine starke Konzentration der Unternehmer. Sie schließen sich zusammen, während die Führer der deutschen Gewerkschaften drauf und dran sind, die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen.

Weiter zeigt uns der Bericht, welcher großen Wert die Unternehmer auf die Politik der Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaften legen. Sie wissen, daß sie damit die Kampfkraft der Arbeiter brechen und haben dabei wiederum die Unterstützung der Gewerkschaftsführer, die gleichzeitig ihre ganze Kraft für diese Politik einsetzen, und alle aus den Gewerkschaften entfernen wollen, die diese von Unternehmerseite gewünschte Politik bekämpfen.

Stinnes und die Bergarbeiter.

Stinnes regiert die Stunde. Seinem Laststock gehorchen die Spielzeuge der in- und ausländischen Politik. Er schreibt den Text. Die Orchestermitglieder handhaben die Lastatur der Instrumente nach seiner Komposition. Auch die Musik, die der alte Bergarbeiterverband hören läßt, ist von Stinnes inspiriert. Hue fungiert als Kapellmeister und es klappert alles nach Stinnes Regie.

Seit Monaten ist unter der Bergarbeiterschaft eine Bewegung gegen das Ueberwachen und Unwesen im Gange. Die Leitung des Bergarbeiterverbandes sabotierte, hemmte, lähmte sie. Die KPD. und die Union Seltenschen forderten die Verbandleitung auf, das Ueberwachen und Unwesen zu befechtigen. Höhnisch wies man die „Einmischung“ zurück. Das tolle Ueberzuarbeiten vermehrte die Unfälle. Die Erhaltungssysteme schnecken in die Höhe. Massenkatastrophen vernichteten vieler Bergarbeiter Leben und Gesundheit. Die Jagd nach Kohlen ließ Unfallverhütungsvorschriften mißachten. Raubbau verwarfte Unsummen von Arbeitskraft. Mit Hinweis auf die Zusammenhänge erging an den Vorstand des Bergarbeiterverbandes erneut die Aufforderung, durch Abbau des Ueberwachen und Unwesens dem Wohle des Bergproletariats zu dienen. Wiederum schnödes Abweisen; dazu Verschärfung der Dränger, die eine Arbeiterorganisation haben, sich für die Interessen ihrer Mitglieder einzusetzen.

In Stinnes Programm paßt ein Versagen von Ueberwachen noch nicht hinein. Auch in Hue's Programm nicht. Doch die Stunde kam, wo beider Programm das Versagen erforderte. Stinnes agiert hinter den Kulissen, als Akteur tritt Hue auf. Fast in dem Augenblick, da die Entente in das Industriegebiet einrückt, kündigen die vier der Arbeit-

gemeinschaft angehörenden Verbände, der alte Verband voraus, das Ueberwachen abblenden. Gleichzeitig werden Lohnforderungen erhoben. Das Versagen von Ueberzuarbeit wird als Tatsache hingenommen. Die Gruben richten sich auf normale Förderung ein.

Stinnes bucht einen zweifachen Erfolg. Der Entente zeigt er, daß man mit ihm verhandeln muß. Genau so, wie er und Hue schon in Spaas es angelündigt hatten. Die Lohnforderungen lehnt das Grubenkapital ab. Es zahlt keine Lohnzuschläge mehr; jedoch die als Ausgleich für die Lohnzuschläge zugestanden höheren Preise bleiben in Wirksamkeit. Stinnes ist ein famoser Geschäftsmann. Und ein geschickter Regisseur. Seine Leute sind gut eingespielet.

Aus der Provinz.

Arbeiter und Genossen von Freiburg und Umgegend!

Macht, Willkür und Korruption ist heute die Domäne des Rechtspruches geworden! Erbärmlichkeit, Gemeinheit und zuletzt Frechheit und Dreistigkeit der pure Justiz dem Proletariat gegenüber feiert heute Orgien und Triumphe. Trotz Not und Elend, trotz 2 1/2 Jahre Republik versucht man mit dem speienden Gifte wilhelminischer und bismarckscher Strafgesetzbücher die Reihen des Proletariats zu lichten, indem man nicht müde wird, durch Klassenurteile die Gefängnisse und Zuchthäuser zu füllen. Die Wächter des Gesetzes, die Hüter der Gerechtigkeit — wie sich diese Gesellschaft nennt — sind mit Recht im Reichstag als Büttel der Kontervervolung bezeichnet worden. Sie haben Hauptanteil an dem bisherigen schwarzen Kapitel der deutschen Revolutionsgeschichte.

Arbeiter und Genossen! Bei diesem verbrecherischen Handwerk der Klassenjustiz marschiert Schweidnitz mit seinen Richtern und Staatsanwälten an an der Spitze. Dieje-

KPD., Ortsgruppe Breslau!

Dienstag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr, im Sankt-Jacobi, Nieslgaße

wichtige Mitgliederversammlung.

1. Politische Lage und die Partei. Referent Genosse Becker. 2. Parteiangelegenheiten.

Erscheinen aller ist Pflicht.

Ortsleitung.

alten ergrauten Stützen des ehemaligen wilhelminischen Regimes standen im November 1918 zitternd vor wackeligen Sesseln. Sie verstanden es aber, sich in den Revolutionstagen mit tausenden von deutschen Junkern und Offizieren die heuchlerische Maske der Arbeiterfreundlichkeit aufzusetzen und so blieben sie bis heutigen Tages von Arbeitslosigkeit und dem Gebrauch der Arbeitslosenunterstützung verschont. Sie haben seit Jahresfrist den grünen Tisch immer mehr zum Schauplatz von Schandurteilen am Proletariat hergerichtet. Die Schweidnitzer Justiz, war es, die innerhalb der letzten 9 Monate nicht weniger als über 100 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust neben den harten unzähligen Gefängnisstrafen vom Stapel ließ. Sie war es, die sich in dem Urteile des Lehrers Faulhaber-Freiburg, sowie in dem Urteile an den Führern der Freiburger Arbeiterschaft am allerdeutlichsten als Feinde der Arbeiterklasse bemerkte! Sie war es, die innerhalb der Strafverbüßung zu den erbärmlichsten Mitteln griff und die Ertragslosigkeiten der Revolution in jeder Weise zu sabotieren suchte, indem sie linksstehende Zeitungen im Gefängnisse verbot! Sie war es, die dem Ruf nach Recht und Gerechtigkeit an die höchsten Staatsstellen emblettelt! Sie war es, die im Oktober 1920 einen reaktionären Arzt für das Gefängnis ergatterte; Kreisarzt Dr. Schmidt-Schweidnitz, um mit diesem burokratisch umarmt das Programm des reaktionären Professor Dr. Gruber-München (wonach 15 Millionen Menschen zuviel sind) auch an Gefangenen in die Tat umzusetzen usw. usw.!

Arbeiter und Genossen! Wie lange noch soll dieses verbrecherische Handwerk währen? Wie lange sollen wir uns zu Macheobjekten der Reaktion stempeln lassen? Wie lange noch sollen wir uns als ehemalige Mitkämpfer für die Republik vogelfrei und angefaßt wissen? Wie lange noch sollen unsere Frauen und Kinder infolge der bittersten Notlage ins Elend gezwungen werden?

Arbeiter und Genossen! Geht Antwort, indem Ihr geschlossen gegen dieses freche Treiben, Schalten und Walten der Schweidnitzer Justiz in jeder Versammlung, bei jeder sich bietenden Gelegenheit Stellung nehmt! Auf zum Befreiungskampf gegen die Stützen der kapitalistischen und bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Helfershelfern und Genersluchtern!

Hoch lebe die Mätere Republik!

Hoch die Diktatur des Proletariats!

Die inhaftierten politisch und gewerkschaftlich organisierten Strafgefangenen des Gerichtsgefängnisses Schweidnitz i. Schl.

Rogezan. In der letzten Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Rogezan des DRR, in der Timm-Breslau von seinem rechtssozialistischen Standpunkte aus einen Bericht der erweiterten Beiratsitzung gab, worüber die meisten anwesenden Kollegen sich nicht so ohne weiteres einverstanden erklären konnten, wurde der Beschluß gefaßt: Genosse Richard Müller-Berlin und Timm-Breslau sollen sich im Referat über die erweiterte Beiratsitzung gegenüber setzen, wozu auch Timm fest zusagte. Als nun am 12. März die festgelegte Beiratsitzung stattfand, glänzte College (!) Timm durch Abwesenheit, um nach seiner Aussage in Schweidnitz sich mit den Rogezaner Kommunisten nicht mehr einzulassen.

Genosse Richard Müller war durch den Genossen August Fast-Berlin vertreten, welcher der gut besuchten Versammlung in kurzen Zügen die wirtschaftliche Lage schilderte, den Weg zeigte, den das Proletariat mit Notwendigkeit gehen muß und in scharfen Worten den Beiratsbeschluß geißelte. Hierauf gelangte folgende Resolution gegen 15 Stimmen zur Annahme:

Die am 19. März im „weißen Hof“ stattgefundene Mitglieder-versammlung des DRR. verurteilt aufs schärfste den Beiratsbeschluß, erklärt sich für die Annahme des neuen Briefes der KPD. und der 6 Stuttgarter Punkte. Engste Verbindung mit Sowjetrußland, um dadurch den ehrgültigen Zusammenschluß des Proletariats für die kommenden Kämpfe zu organisieren. Um lebensfähig zu bleiben, muß das Proletariat die politische und wirtschaftliche Macht ergreifen.

Lokales.

Breslau, den 20. März 1921.

Zum Brannciarbeiterstreik. Die Verhandlungen am 17. März vor dem Schlichtungsausschuß sind resultatlos verlaufen, weil nach einer echten Schlichterredde des Syndikus Dr. Krüger, die Unternehmer sich weigerten, den Arbeitern irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Nach dieses Herren Meinung sind nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer in einer Notlage. Vielleicht meint dieser „schlaue“ Bourgeois, daß die Unternehmer nicht wissen, wie sie die im Vorjahre erzielten Millionengewinne unterbringen sollen.

Am 18. März fand im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Versammlung statt, welche den Bericht der Verhandlungskommission entgegennahm. Die Versammlung brandmarkte das scholle Verhalten des Ausschusses der Gewerkschaftsbrannciarbeiter, besonders wurde das Verhalten des Vorsitzenden, des SPD.-Genossen Ratsch der Arbeiterklasse zur Beachtung empfohlen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird das Kartell erjucht, gegen diesen reaktionären „Genossen“ Stellung zu nehmen.

Gegen Wucher und Schleichhandel. Das Landgericht in Breslau, die Amtsgerichte in Breslau, Neumittelwalde, Namslau, das Schöffengericht in Breslau und das Wuchergericht in Glogau haben in letzter Zeit in 16 Fällen, bei denen es sich um Uebertretung der Wucher- und Schleichhandelsbestimmungen handelte, auf Geldstrafen in Höhe von 50 bis 1500 Mk. erkannt. Daneben wurden in 5 Fällen Gefängnisstrafen von 3 Tagen bis zu 1 Monate ausprochen. Die höchste Gefängnisstrafe von 1 Monate, zusätzlich 500 Mk. Geldstrafe, wurde dem Handelsmann Gustav Stephan, hier, Wilmersdal 21-3 wegen Schleichhandels, die höchste Geldstrafe dem Fleischer Adolf Reinhold, hier, Frankfurter Straße 158, wegen Kettenhandels in Höhe von 1500 Mk. zuerkannt.

Arme bürgerliche Gesellschaft, sie bestraft, setzt ins Rittchen und entzieht Konzessionen und kann dieses Pack doch nicht befechtigen, weil Wucher und Schleichhandel, Ausbeutung der Not des Volkes das Wesen eben dieser bürgerlichen Gesellschaft sind. Das Proletariat wird und kann sich von diesem Geschweiz nur selbst befreien, wenn es aufsteht, sich seiner Kraft bewußt wird und handelt.

Das Entzücken der Kinder ist eine gute Zirkusvorstellung. Carl Hagenbeck hat sich mit seinem reichhaltigen Programm, welches auch in der Sonntag-Nachmittag-Vorstellung ungekirzt zur Ausführung gelangt, die Herzen der Breslauer Großen wie kleinen erobert. Vor allem der Wauwau „Susi“ mit seiner unwiderstehlichen Komik, das verquälte Spasmacherkleinlaut und die Niesencleantien, welche wie brave Kinder artig sein können, fordern den Beifall der Kleinen heraus. Wenige Vorstellungen, die die Welt von heute hier und dort im Scheine der Bogenlampe bietet, sind für das Auge der Kinder so harmlos und ergötlich wie das flotschigste Zirkusprogramm bei Carl Hagenbeck im Buch-Gebäude.

Magistrats-Mitteilungen.

Der in der Zeit bis 23. März 1921 auf Lebensmittelmarke R 89 zur Verteilung gelangende Speck ist inzwischen auf 9,60 Mk. für ein Pfund herabgesetzt worden, das sind 4,80 Mk. für 1/2 Pfund, also nicht, wie in den Verteilungsbestimmungen angehängten, 5,20 Mk. für 1/2 Pfund.

Lebensmittelverteilung.

- a) vom 24. März bis 5. April 1921:
 - 1. Speck auf Lebensmittelmarke R 44.
 - 2. Griech auf Nährmittelmarke 295 weiß und rot und Zahnnährmittelmarke 42 für Mütter.
 - b) vom 23. März bis 2. April:
 - Amerikanisches Weizenmehl auf Lebensmittelmarke R 45.
 - c) Monat April:
 - Griech auf Stillbelohnungsmarke 20.
- Im übrigen wird auf die Bekanntmachung an den Aufschlagstulen verwiesen.

Im Interatenteil der heutigen Nummer befinden sich zwei äußerst wichtige Bekanntmachungen des Wohnungskommissars bzw. des städtischen Wohnungsamtes, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Versammlungskalender.

Bauerarbeiter-Fraktion. Montag, den 21. März, abends 7 Uhr, Fraktionsversammlung im „Roten Löwen“. Dazu haben alle Mitglieder der KPD, die im Bauerarbeiter-Verband gewerkschaftlich organisiert sind, zu erscheinen. Partei- und Gewerkschaftsmitgliedsbuch legitimieren.

Ortsgruppe Stabelwitz. Mitgliederversammlung. Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Fichte“.

Ortsgruppe Freiburg. Dienstag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Buchwald“, Frauenabend. Jede Genossin ist verpflichtet zu erscheinen.

Neue Bücher und Schriften.

Der kommunistische Gewerkschaftler Nr. 10. Inhalt: In Halle muß mit der Spaltung begonnen werden. — Die Oppositionsbewegung im graphischen Gewerbe. — Aus der Kriegsoberbewegung. — Wirtschaftliches. — Aus den Bezirken und Industriegruppen. Preis 40 Pf.

Die Kommunistin Nr. 6. Preis 30 Pf. Der Bauerntag der russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen. — Das Wahl-ergebnis. — Der Wiener Kongreß der Internationalen 2 1/2. — Zum Literaturvertrieb. — Kommunistische Arbeitergruppen. — Unsere Arbeit während des preussischen Wahlkampfes. — Feuilleton usw.

Referenten-Material. Kommunistische Propaganda Nr. 24. Inhalt: Die Pariser Kommune. (Zum 18. März 1921.) — Karl Marx über die Kommune. — Dokumente der Zeit zum weißen Schrecken in Paris. Preis 50 Pf.

Alle kommunistische Literatur besorgt die kommunistische Bucherei Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

Verantwortlich für den Inhalt: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Kasper, für den Inhalt: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchverlag Rudolf & Pauline, Breslau.



Rosa Luxemburg an die Arbeiterjugend.

Mit faulen, leichtsinnigen, egoistischen, gedankenlosen und gleichgültigen Menschen kann man keinen Sozialismus verwirklichen. Sozialistische Gesellschaft braucht Menschen, von denen jeder an seinem Plage voller Blut und Begeisterung arbeitet für das allgemeine Wohl, voller Opferfreudigkeit und Mitleid für seine Mitmenschen, voller Mut und Fähigkeit, um sich an das Schwerste zu wagen.

Wir brauchen aber nicht etwa Jahrhunderte oder Jahrzehnte zu warten, bis ein solches Geschlecht heranwächst. Gerade jetzt, im Kampf, in der Revolution, lernen die Massen der Proletarier den nötigen Idealismus und erwerben sich früh die geistige Reife. Mut und Ausdauer, innere Klarheit und Opferfreudigkeit brauchen wir ja auch, um die Revolution überhaupt weiter zum Siege zu führen.

Zunächst die arbeitende Jugend ist zu diesen großen Aufgaben berufen. Sie wird als die künftige Generation ganz sicher schon das wahre Fundament der sozialistischen Wirtschaft bilden. Es ist nun ihre Sache, jetzt schon zu zeigen, daß sie der großen Aufgabe als Trägerin der Zukunft der Menschheit gewachsen ist. Es ist eine ganze alte Welt noch zu stützen und eine ganz neue aufzubauen. Aber wir schaffen's!

Kommunistische Internationale und Kommunistische Jugend-Internationale.

Die proletarische Jugendbewegung hat bei ihrem Entstehen mit zwei mächtigen Feinden zu kämpfen gehabt: einmal mit der ganzen Gewalt der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, deren Bestand sie in ihrer Wurzel bedrohte, und zweitens mit feindlichen Mächten innerhalb des Proletariats selbst. Zwei Quellen waren es, aus denen diese Feindschaft floß: das Vorurteil eines großen Teils der Arbeiter, die noch befangen in bürgerlicher Ideologie, der Jugend das Recht zu selbständiger Betätigung und die Reife zu politischem Denken und Handeln absprachen, und zweitens die bewußte Feindschaft eines großen Teils der Führer der alten Arbeiterbewegung, die aus reformistischen Illusionen heraus immer mehr sich gegen den entschlossenen, revolutionären Kampf wendeten, und das revolutionäre Feuer, die vorwärtsstürmende Entschlossenheit der proletarischen Jugend fürchteten. So hatte denn die Jugend scharf mit der Sabotage, ja oft mit der offenen Feindschaft der Alten zu kämpfen, und es konnte geschehen, daß die 2. Internationale fast völlig die Existenz der proletarischen Jugendbewegung ignorierte und nichts tat, um sie zu fördern und zu unterstützen. Sie ging der Frage der Jugendbewegung genau so aus dem Weg wie der Frage des wirklichen Kampfes gegen den Militarismus, Imperialismus usw. Sie sah sie wohl, wenn sie die Frage der proletarischen Jugendbewegung auf breiter Grundlage aufstellte, und die, die entschlossen antimilitaristisch war, offen unterstützte, es hieß, den revolutionären Kampf gegen die bürgerliche Welt mit allen Konsequenzen zu führen. Den revolutionären Kampf aber fürchteten die Helden von der 2. Internationale wie das Höllenfeuer und sie nahmen darum erst höchst widerwillig Notiz von der Jugendbewegung, als sie sich ihr selbständiges Lebensrecht bereits erkämpft hatte.

Trotzdem lebte und entwickelte sich die Jugendbewegung, und sie fand auch den Weg internationalen Zusammenflusses. Sie fand ihn sogar viel besser und aktiver als die Alten. Sie stritt in fast allen Ländern wirklich gegen den Geist des Nationalismus und führte einen entschlossenen Kampf gegen den Militarismus. Ihre Internationale stand darum auch fest in den Stürmen des Krieges. Sie erhob als erste die Fahne der Rebellion gegen Krieg, Militarismus und Imperialismus. Die Jugend ging voran bei allen revolutionären Aktionen und Demonstrationen. Sie stand als erste mit auf den Barrikaden, zuerst in Rußland, dann in Zentraleuropa, als die Massen zu erwachen begannen. Sie bewies als erste wirkliche internationale Solidarität, sie begründete als erste eine Internationale der Tat und der Aktion. Als dann die Vorhut des revolutionären Proletariats daran ging, die III. die kommunistische Internationale zu schaffen, war die revolutionäre Jugend sofort mit ihrem ganzen Temperament und all ihrer Entschlossenheit dabei.

Gegenwärtig ist innerhalb des Weltproletariats ein heftiger Kampf um die III. Internationale entbrannt, ein Kampf, der trotz aller Behauptungen schwankender und verräterischer Führer nicht um Organisationsfragen geht. Immer breitere Massen wenden sich von dem Leichnam der II. Internationale ab, immer breitere Massen drängt die ungeheure wirtschaftliche und politische Krise, der Zusammenbruch der bürgerlich-kapitalistischen Welt, wachsender Hunger und steigendes Elend, die brutale Unterdrückung jeder selbständigen proletarischen Aktion durch die Bourgeoisie, auf die Bahn des revolutionären Kampfes. Daß er nicht mehr national geführt werden kann, wissen die Massen. Sie sehen die Klüftungen der imperialistischen Bourgeoisie gegen Sowjet-Rußland, den Zusammenschluß des internationalen Kapitals, die Zusammenfassung seiner Kräfte in Völkerbund und Entente. Die Proletariermassen erkennen aus den bittersten und schwerlichsten Erfahrungen der letzten Jahre, daß sie einen langen und harten Krieg zu führen haben gegen die gesamte bürgerliche Welt, der ohne straffe politische und militärische Disziplin unmöglich ist, und bei dem jeder Fehler, jede Niederlage eines Landes das gesamte Weltproletariat trifft. Darum erkennen die Massen immer mehr die Notwendigkeit der Führung einer wirklich geschlossenen, einheitlichen Internationale.

Dieser Kampf bleibt selbstverständlich auf die Massen des Jungproletariats nicht ohne Einfluß. Auch in seinen

Reihen gibt es schwankende Elemente, die von Parteineutralität faseln und vom politischen Kampf nichts wissen wollen, die den antimilitaristischen Kampf im pazifistischen Sinne auffassen und den Bürgerkrieg verneinen. Jetzt werden auch sie zur Entscheidung gezwungen. Die wirtschaftliche und politische Krise trifft die Jugend mit aller Schärfe, zerstört jeden Traum einer Neutralität. So sammelt sich auch die Jugend immer mehr in der kommunistischen Jugendinternationale.

Die westpolitische Situation stellt aber auch die Frage des Verhältnisses der Jugendinternationale und der Internationale der Erwachsenen auf eine neue Grundlage. Die kommunistische Internationale hat natürlich im Gegensatz zur II. sofort die große Bedeutung der revolutionären Jugendbewegung begriffen und ihr alle Unterstützung gewährt, sie hat auch voll und ganz die Notwendigkeit ihrer Selbständigkeit anerkannt. Politisch waren beide Internationales, die der revolutionären Jugend und die der revolutionären Alten, eines Geistes. Doch beide bestanden nebeneinander. Der heranwachsende Entscheidungskampf macht dies unmöglich. Er verlangt einheitliche Führung, einheitliches Handeln. Darum ist die Jugendinternationale vollberechtigte Sektion der kommunistischen Internationale, sie untersteht ihrer politischen Führung. Nicht so, wie früher die Jugend der Partei unterstand, unter Preisgabe selbständigen Handelns und eigener Aktivität, sondern in freiwilliger Disziplin als gleichberechtigter Teil der internationalen Proletariatsarmee. Das revolutionäre Feuer und die Tatkraft der Jungen helfen die Internationale zu jenem festen ehernen Block zusammenzuschweißen, der die bürgerliche Welt überwinden wird.

Eine Gefahr für die Revolution.

Die stärkste proletarische Jugendorganisation in Deutschland ist noch immer der rechtssozialistische Verband der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands. Das hat seine verschiedenen Gründe. Die SPD. ist noch immer die zahlenmäßig stärkste Partei. Sie hat einen großen Organisationsapparat, eine zahlreiche Presse und reiche Mittel, die sie der Jugend zur Verfügung stellen kann. Dazu kommt, daß in vielen Staatsstellen und Gemeindeverwaltungen die Rechtssozialisten starken Einfluß haben und so auch erhebliche staatliche und Gemeindegelder für die Arbeiter-Jugend flüssig machen konnten. Als drittes kommt hinzu die Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie, der Einfluß der Arbeiter-Jugend-Anhänger in den Jugendsektionen, die dort meist sowohl die Leitung der Sektionen wie die Organe in der Hand haben.

All diese starken Mittel werden aber nicht dazu benutzt, die Jugend in den Klassenkampf einzugliedern, sondern sie möglichst davon fern zu halten. Auf Spiel, Tanz, Unterhaltung und allgemeine Bildungsarbeit ist die ganze Tätigkeit der Arbeiter-Jugendvereine eingestellt. Selten ist bei ihnen vom Sozialismus, noch seltener von politischen Fragen die Rede. Das führt ihnen natürlich ziemlich große Scharen im Grunde genommen indifferenten Jugendlicher zu, die nur spielen und sich unterhalten wollen. Ebenso befindet sich in ihren Reihen auch ein großer Teil jener kleinstädtischen Schichten, die sich nach der Revolution der SPD. anschließen.

Diese völlige Verwischung des Klassen- und Kampfscharakters der Arbeiter-Jugend, die mit dem Beginn des Krieges einsetzte, zeigt jetzt ihre Konsequenzen. Herausgenommen aus dem Strom des proletarischen Klassenkampfes strömt diese Bewegung ebenso rasch vollends zum Bürgertum. Der Jugendling der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands in Weimar im August 1920 wurde der Ausgangspunkt für eine ausgesprochen freibürgerlich-bürgerliche Tendenz in ihren Reihen. Welche Konsequenzen diese Tendenz schon zieht, mögen einige Zitate aus der „Arbeiter-Jugend“ Nr. 1, Januarheft 1921, zeigen:

„Nur gesagt, der Kampf um den Sozialismus ist nicht mehr ein Kampf des Proletariats um die Besserung seiner wirtschaftlichen und politischen Lage, sondern der Kampf breiter Volksmassen aus allen Bevölkerungsklassen um kulturelle Hebung.“ (Aus einem Artikel „Gedanken nach Weimar“).

Die Arbeiterjugend zeigte in Weimar, daß sie jung sein, daß sie natürliche Jugendhaftigkeit als reine Freude zum Ausdruck bringen konnte. Das war uns Offenbarung. Wir tanzten und sangen und feierten, einfach und schlicht, wie unser Leben ist. Wir waren glücklich im Herrgottskittel und im Reformkleid und erkannten bligartig den Widersinn unserer heutigen „Kultur“. Das war ein Stück Sozialismus, denn hier wurde Sonne ausgeschüttet über alle Menschen ohne Ansehen der Person und des Herkommens. Die neue Menschheitsgemeinschaft war geboren.“ (Aus einem Artikel „Begleiter des Sozialismus“).

Diese Sätze bedeuten die völlige Abkehr vom proletarischen Klassenkampf, bedeuten die offene Preisgabe des bisher wenigstens noch theoretisch anerkannten Marxismus. Denn nach ihm ist ja wohl die Kultur unzertrennlich verbunden mit der wirtschaftlich-sozialen Lage. Sie bedeuten die Flucht von der rauhen Wirklichkeit des proletarischen Elends und des Klassenkampfes in die schöne Träumerei einer Jugendkultur jenseits des Kampfes.

Und hier liegt die ungeheure Gefahr für das Proletariat. Hier wird ein bedeutender Teil des Nachwuchses seiner Klasse nicht mehr nur einen falschen Weg des proletarischen Befreiungskampfes geführt, sondern entfernt von seiner Klasse, entfremdet dem Proletariat, Unterdrückte zu sein. 70 000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen schließen sich an, die proletarische Kampffront endgültig zu

verlassen, und mit ihnen weitere Tausende, die durch die Schule dieser Organisation gehen werden. Das ist eine ernste Mahnung für alle Kommunisten. In den Reihen der Arbeiterjugend selbst erhebt sich dagegen Widerstand. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, die Opposition gegen den Weimarer Geist zu stützen und zu stärken, auch wenn ihr Ziel noch nicht unser Ziel ist. Sie müssen dieser Opposition die Ursachen dieser Entwicklung zeigen und ihr helfen, den Weg vorwärts zu finden.

Den Genossen und Genossinnen der kommunistischen Partei aber erwächst daraus die Pflicht, die kommunistische Jugend mit allen Mitteln zu unterstützen, um sie zu befähigen, der ausgedehnten Propaganda der Arbeiter-Jugend entgegenzutreten zu können und auch die jugendlichen Massen durch Heime und gute Bildungsanstalten im revolutionären Sinne gewinnen zu können. Sonst besteht die dringende Gefahr, daß immer breitere Massen des Jungproletariats herausgerissen werden aus der proletarischen Kampffront.

Grundbesitz.

Eine soziale Fabel.

Ein Marsbewohner kam einmal während seiner Reisen in ein schönes und großes Land unserer Erde. Die dortigen Flüsse bewässerten den Boden, und wohin der Blick auch traf, überall sah der Marsmensch eine reiche Fruchtbarkeit. Er ging fröhlich singend seines Weges, da begegnete ihm ein Bewohner der Erde, dessen Angesicht eine tiefe Bedrückttheit zeigte.

„Guten Tag!“ rief der Marsianer.
„Guten Tag!“
„Was fehlt Ihnen denn?“
„Ich habe Hunger.“
„Warum essen Sie denn nicht?“
„Kein Geld!“
„Arbeiten Sie doch, dann haben Sie welches.“
„Ich kann keine Arbeit finden.“
„Aber dann arbeiten Sie doch auf den brachliegenden Ländereien. Säen Sie Getreide, Reis, pflanzen Sie Kartoffeln und andere nützliche Pflanzen. Machen Sie doch das!“

„Der Grundbesitzer weigert sich, mich einzustellen.“
„Was?“
„Ja, der Grundbesitzer läßt mich das Land nicht bebauen.“

„Wer ist denn der Besitzer von Grund und Boden?“
„Der, dem das Land gehört.“
„Das verstehe ich nicht! Ihr sagt doch hier auf Erden, daß Gott die Erde geschaffen habe?“

„Ja, so sagt man.“
„Und hat er die Erde denn nicht für alle seine Kinder geschaffen, damit sie ihre Nahrung gewinnen?“
„Ich habe davon reden hören. Es ist möglich. Ich aber weiß davon nichts.“

„Wie kommt es denn, daß sich so ein Mensch zum Land- und Grundeigentümer aufwirft?“
„Das Gesetz gibt ihm das Recht dazu.“
„Und wer macht das Gesetz?“

„Run wir!“
„Wer sind die wir?“
„Die Wähler — ich und die andern.“

„Und ihr, das souveräne Volk, ihr macht Gesetze, die ein großes fruchtbares Stück Land einem einzigen Menschen überliefern, und zwar mit der Machtbefugnis, auch zu verhindern, diesen Grund und Boden zu bearbeiten? Und ihr andern lauft umher, bettelt um Arbeit, sterbt vor Hunger — ist denn das möglich?“

„Es ist so, Herr!“
„Run, wenn ihr so verriecht seid, daß ihr lieber zugrunde geht vor Hunger, als es zu machen, wie es auf allen andern Welten der Fall ist — dann geschieht euch recht.“

„Wie soll ich das verstehen?“
„Run,“ sagte der Marsianer, „ich habe einige Dutzend Welten besucht bisher, aber diese Erde ist die erste, wo die Bewohner dumm genug sind, zu erlauben, daß sich einige Leute in den Besitz von Grund und Boden setzen und die große Mehrzahl hindern, das Land zu bebauen, so daß sie sterben vor Hunger.“

(Aus: „Der Junge Genosse“, kommunistische Kinderzeitung.)

Mitteilungen der Jugend.

Gruppe Zentrum.

Zusammenkunft jeden Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Schule Moritzenhof 1/3, part., Raum 5.

Gruppe West.

Zusammenkunft jeden Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Arbeiterheim Alfenstr. 38, Ecke Schulzenwiese.

Gruppe Zentrum und West.

Sonnabend, den 26. März, abends 8 Uhr: Gemeinsames Treffen zur Osterwanderung über Deutsch-Wissa nach Jettelbüh. Jeder, der mitwandert, muß sich mit Schlafbede und Verpflegung auf 2 Tage versorgen. Musikinstrumente mitbringen. Gäste, die mitwandern wollen, sind herzlich willkommen.

Genossen und Genossinnen, Eltern! Gestern kamen Jugendliche für die Wanderung die freie Zeit. Gestern haben sie sich vorbereitet zu den zwei Tagen wahrhaftiger Jugendfreude. Die Wanderleistung.

Das Kinderelend.

Kinderelend, Kinderelend, Kinderhilfe, so schreit es von den Plakatwänden, von den Wänden der Häuser, so schreien im Chor die bürgerlichen Pressekolosse. Man weiß nicht, was widerlicher, schamloser ist: die Art, wie man das Elend der bürgerlichen Gesellschaft ins Land schreit oder wie man in dem neuen Zweig der Boshelligkeit, in der Kinderhilfe, Geschäfte machen will.

Kinder in Not, schreit die bürgerliche Gesellschaft, während sie prahlt und schlemmt, während sie im Jahre 1919 zehn Millionen Flaschen Sekt durch die Gurgel jagte, 11 1/2 Millionen auf dem Rennplatz verjubilte; während Kinder frieren, heuchelt die Bourgeoisie, während ihre Kinder in pompöser Kleidung, in Pelzen und guter wollener Kleidung die Straßen und Plätze bevölkern, während die Läger in den Bekleidungsgebeten sich anhäufen, weil die Proletarier nicht so viel an Arbeitslohn von den ausbeutenden Kapitalisten erhalten, um sich und ihre Kinder mit den notwendigen Kleidungsstücken versehen zu können.

Sie leiden nicht nur an Unterernährung und Mangel an Kleidung, vielen fehlt vor allem ein sonniges Zuhause, so karrat der Feilschreiber der Bourgeoisie in jämmerlicher Selbstlosigkeit. Neue Kinderheime und Kindergärten sollen entstehen. Ja sollen. Was tut aber die bürgerliche Gesellschaft? Der Zusammenbruch ihrer Wirtschaft ist so weit vorgeschritten, daß sie die noch bestehenden abbaut. Aus Mangel an Mitteln. Von den Krippen haben bereits rund 26 Prozent schließen müssen. Rund ein Drittel aller deutschen Säuglingsheime und 21,3 Prozent der Mütterheime sind in Gefahr, weil keine Mittel vorhanden seien. Der kapitalistische Staat hat keine Mittel für Kulturaufgaben, er hat aber Milliarden für die Reichswehr, zum Schutze seiner Unterwerfung, er verschwendet Millionen an die Hohenzollern. Proletarierkinder verleben ihre Jugend in Kellern und Hinterhäuserstiegen, während Millionen Bitten unausgenützt sind, tausende von Schlössern leer stehen.

Man ist unfähig, etwas zu tun, im Ernste zu tun, weil man nicht an den Privilegien der Besitzenden rütteln will und gar nicht kann, wenn man die ganze bürgerliche Ordnung nicht zu Grabe tragen will. Das kapitalistische System und die Wirtschaftsanarchie, die die Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, sind die Schuldigen der tuberkulösen und rachitischen Kinder, sind die Schuld, daß die Kinder des Proletariats keine Jugend haben, die die Kinder der Bourgeoisie in vollen Zügen genießen können.

Der Wohlstandskreislauf ist keine Hilfe für das Proletariat, sondern eine Last — nur eine grundlegende Aenderung der Machtverhältnisse und Aufrichtung der proletarischen Diktatur kann das Kinderelend beseitigen, erst Arbeiterbeschäftigung, die Häuser zu beschlagnahmen — den dürftigen Proletariern anständige Wohnungen zukommen zu lassen, die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse im Interesse der Arbeiterkraft zu regeln, Kinderkrankehäuser, Kindersanatorien, Kindermalschulen einzurichten, die ungenügende Schulpflicht, vollständige Ernährung und Kleidung des Kindes von der Gesellschaft zu übernehmen, Schulärzte und Schulpfleger einzuführen — durch sozialistischen Aufbau des Wirtschaftslebens die Produktion so zu regeln, daß der Ertrag der Arbeit den Arbeitern und nicht den Reichen zugänglich gemacht wird.

In dem Lande der bolschewistischen „Röswirtschaft“, dem proletarischen Sowjetrußland, besteht ein eigenes Kommissariat zu dem Zwecke der Einrichtung von Kinderheimen, nicht im Kolonnenstil, sondern der Erziehung der Familie, der Einrichtung von Kindersanatorien und Krankenhäusern, von Heimen für geistig zurückgebliebene Kinder, Kinder bis zu drei Jahren werden in gut eingerichteten Krippen versorgt, besonders die Kleinsten sind häufig in Kindergärten verwandelt. Die zarten und schwächlichen Kinder kommen entweder in Heilanstalten oder in Wald- und Sippenshöhlen — alle Kinder kommen im Sommer für drei Monate in die Sommerfrische — im letzten Jahre wurden 9 Millionen Kinder aufs Land gebracht. Die Villenorte der ehemaligen Kapitalisten sind in Kindershöden umgewandelt. Das ehemalige Jaroslavl bei Petersburg ist heute mit Recht „Kinderdorf“. Alle Kinder bis zum 16. Jahre erhalten dort unentgeltliche Ernährung. In Sowjetrußland ist alle Kinderarbeit bis zum 14. Jahre verboten, vom 14.—16. Jahre dürfen sie nur vier Stunden, vom 16.—18. Jahre nur sechs Stunden arbeiten. Die Bekleidung der Kinder ist durch den Staat der Arbeiter und Bauern sichergestellt. Im Jahre 1919 waren 11 Millionen Paar Lederhosen unentgeltlich an Kinder verteilt.

Der kapitalistische Staat kann nichts von alledem. Er läßt die Kinder des Proletariats ins gräßlichste Elend, drückt sie aus, paßt auf ihren jungen Leibern die Messerprofile. Das ganze Wohlstandskreislauf ist ein eiserne Faust. Um was das Zentrum zu bewegen, um zu beweisen, daß man den elendlichen Bitten hat zu helfen, geben wir der bürgerlichen Gesellschaft Gelegenheit indem wir fordern:

Berzorgung der Kinder mit Milch und Nahrungsmitteln, unentgeltliche Schulpflicht, Errichtung von Säuglingsheimen, Kindersanatorien, Waldhöhlen, Einjährig unentgeltlicher Schulpflicht, unentgeltliche Versorgung der Kinder mit Kleidungsstücken, Errichtung von getrennten Arbeiterkrippen, Beschlagsnahme und Konsumierung der Erzeugnisse der Reichen, Organisation der Betriebe zur Produktion der Bedürfnisse der Arbeiter, Errichtung der Arbeitslosenunterstützung auf das Höchstmögliche.

Das sind die unbedingt notwendigen, die geringsten Forderungen, wenn das Kinderelend abgeholfen werden soll. Die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft wird sich beweisen. Sie kann diese Forderungen nicht erfüllen. Ihre Erfüllung kommt nur auf das Elend der Massen, der Schmach der bürgerlichen Gesellschaft ist nur möglich, wenn es das Proletariat immer weiter verelendet. Sie kann nichts tun.

darum ist ihr Geschrei elende Heuchelei, eine Schamlosigkeit. Das Proletariat kann sich nur selbst helfen. Und es kann sich nur selbst helfen im entschlossenen Kampf gegen die Bourgeoisie, wenn es die kapitalistische Gesellschaft überwindet. Erst die Aufrichtung der proletarischen Diktatur wird die Möglichkeit schaffen, das grausame Kinderelend zu lindern, abzubauen und zu beseitigen.

Wir sind stark, wir können es, wenn wir den Willen zur Tat aufbringen.

Des Kinderelends andere Seite. Wie Herr Ebert „hungert“.

Aus Berlin wird uns berichtet: Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Fälle der alten bürgerlichen Lotterwirtschaft ans Tageslicht kommen. In welchem Umfange diese geherrscht hat, darüber belehrte wieder einmal eine Sitzung des Untersuchungsausschusses, den die Stadtverordnetenversammlung eingesetzt hat, um den Unterschlagungen und Schiebungungen auf dem Berliner Schlacht- und Viehhofe nachzuforschen. Es wurde festgestellt, daß an auswärtige Diplomaten, an den Reichspräsidenten Ebert, an verschiedene Reichsminister, an den Reichstag und an das Abgeordnetenhaus regelmäßig größere Mengen Fleisch marktfrei abgegeben wurden. Die Behauptung, daß auch der Sowjetvertreter Toffe pro Woche drei Zentner Fleisch geliefert bekommen habe, konnte nicht bewiesen werden.

Was für Ansprüche der Reichspräsident stellte, der so wunderbare Durchhalteparolen ausgeben konnte, lehrt folgender Tatbestand:

Durch Schreiben vom 2. April 1919 verlangt die Kanzlei des Reichspräsidenten Ebert, gezeichnet Pinkow, Geheimen Regierungsrat, eine Regelung der Belieferung der Repräsentationsküche des Reichspräsidenten in folgender Weise:

1. Eine genügend große Belieferung für besondere Festlichkeiten mit größerer Personenzahl.
2. Wöchentlich laufende kleinere Belieferung für Essen mit geringerer Personenzahl. Die Belieferung soll sich u. a. erstrecken auf Butter, Fett, Fleischwaren, Käse, Feigwaren, Milch, Zucker und Mehl.

Am 2. Mai ersucht Geh. Regierungsrat Pinkow um eine wöchentlich laufende Belieferung mit Fleisch, Wild und Geflügel für täglich 10 Personen, am 9. Mai verlangt Pinkow für ein Essen von etwa 20 Personen beim Reichspräsidenten Ebert, Fleisch und erhält 7 Pfund.

Im weiteren Verlauf werden dann vom 15. zum 15. jeden Monats für eine tägliche Verpflegungsdienstleistung ein Fleischzuschuß von je 8 Pfund, der hauptsächlichsten unter Zwangsbewirtschaftung stehenden Nährmittel mit Zustimmung des Landesfleischamtes vereinbart.

Im Juni 1919 wird dann der Hoffleischermeister (H. b. Red.) Birkholz beantragt, wöchentlich 15 Pfund ohne Marken an den Präsidenten Ebert zu liefern.

Selbstverständlich liegt darin, daß der Reichspräsident solche Forderungen stellt, keine Entschuldigungen für die Marktschwarzbeamten. Aber das ganze System war durch und durch korrupt.

Soweit durch die Ausbeutungen Personen oder Institutionen kompromittiert werden, die den bürgerlichen Parteien verhaft sind, haben die bürgerlichen Vertreter im Ausschusse fleißig mitgewirkt. Sobald aber die Sache anfing für ihre Leute brenzlich zu werden, legten sie den Bräuten nahe, nur auszusagen, wozu sie vom Regierat ausdrücklich ermächtigt seien. Und da verstummen sie. Das läßt einen Schluß zu über den ungeheuerlichen Umfang der Verfehlungen.

Es hatte in der Tat etwas für sich, das von den „Faschmännern“ die E haben es sachmännlich gut verstanden, die hungernde und entbehrende Bevölkerung auch noch um die täglichen Rationen zu pressen.

Bezeichnend ist aber die ganze Geschichte für die Sozialdemokratie. Nicht nur in der Ideologie haben sie es der Bourgeoisie treulich abgekauft, sondern ebenso auch in der Lebensweise. Während sie den Arbeitern das Durchhalten bei Marmelade predigten und in großen schreienden Plakaten dem Proletariat vorlügen, die Sozialisierung marschiert, haben sie als Staatswürdensträger der Bourgeoisie bei gedachten Tischen gesessen und das gegessen, was den Arbeitern verweigert wurde. Wenn ein Sanitmann und Arbeiter es wagte, ohne Marken etwas zu verlangen oder zu kaufen, wurde er unverzüglich bestraft. Herr Ebert aber konnte das verlangen, essen, trinken.

Und diese Gesellschaft mag es, über Kinder in Not zu jammern und auf andere menschliche Geschaffen mit Not zu werfen.

Mutter- und Kinderschutz im Ausland.

Die internationale Arbeiterkammer, die im vorigen Jahre in Washington tagte und an der sowohl Vertreter der Arbeiterorganisationen als auch der Regierungen teilnahmen, hat u. a. auch eine Mutterkammer geschaffen, die den einzelnen Regierungen die Pflicht auferlegt, für ihre Länder Sorge zu betreiben, die die in der Industrie und im Handel beschäftigten Frauen sechs Wochen vor der Geburt und sechs Wochen nach der Geburt des Kindes von jeder gewöhnlichen Arbeit befreit und ihnen während dieser Zeit eine ausreichende Unterstützung sichert. Nicht aus Rücksicht für die Frauen des Proletariats haben sich die kapitalistischen Regierungen und Regierungsdirektoren diese Verpflichtung selbst auferlegt, sondern weil sie sonst den Kampf auf dem sie sitzen, leicht abzugeben durch die ungeheure

Zunahme der Säuglings- und Kindersterblichkeit in allen kapitalistischen Ländern.

Die Washingtoner Vereinbarung über den Mutterschutz, die sich allerdings nur auf die in Handel und Industrie beschäftigten Frauen erstreckt, also jene Millionen Frauen, die in der Landwirtschaft arbeiten oder die nur den proletarischen Haushalt versorgen und keine oder nur gelegentliche Arbeit verrichten, ausschließt, haben aber gar kein Dergew geschaffen, die Regierungen der einzelnen Länder zu zwingen, auch nur diese kleine Reform durchzuführen.

Obwohl die Washingtoner Vereinbarung vorschreibt, daß Durchführungsgeetze in den einzelnen Ländern bis zum 27. Januar 1921 erlassen sein müssen, haben die wenigsten Staaten sich an diese Vereinbarung gehalten.

In England besteht seit dem Jahre 1911 ein Reichsversicherungsgesetz, das den verheirateten Frauen verschierter Männer eine Wöchnerinnenunterstützung von 40 Schilling*) gewährt. Wenn diese Frauen noch außerdem versichert sind, bekommen sie die doppelte Unterstützung. Unverheiratete Frauen, die versichert sind, bekommen bloß 40 Schilling. Auf alle Anträge und Anfragen von seiten der Arbeiterpartei im englischen Parlament, wann die Regierung das bestehende Reichsversicherungsgesetz im Sinne der Washingtoner Vereinbarung über den Mutterschutz zu verbessern gedenke, wurde immer wieder geantwortet, daß „die Angelegenheit unter Berücksichtigung steht“. Die in Betracht kommenden englischen Autoritäten begründen ihre Untätigkeit auf diesem Gebiete mit den großen Schwierigkeiten, die bei der Schaffung einer solchen Mutterschutzversicherung zu überwinden sind, daß eine Menge von Beamten notwendig werden und daß außerdem die Kosten sich auf 15 Millionen Pfund Sterling**) jährlich belaufen würden. Das englische Proletariat wird noch harte und bittere Kämpfe zu führen haben, wenn es seine Regierung zwingen will, im Interesse einer gesunden Nation die Arbeiterklasse einen Teil der ungeheuren Summen für die Interessen des Proletariats aufzuwenden, die alljährlich von Militär und Marine verschlungen werden, die nur der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft der Ausbeuter dienen.

In der Tschecho-Slowakei haben die deutschen und tschechischen sozialdemokratischen weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf über den Schutz für Mutterschaft und Säuglinge eingebracht, dessen Annahme eine Ergänzung und wesentliche Verbesserung der bestehenden Bestimmungen bedeuten würde. Der Entwurf regelt den Anspruch auf Geburtshilfe und Krankengeld durch je sechs Wochen nach der Entbindung. Er sieht die Einrichtung von Mütterkassen in Städten von über 20 000 Einwohnern vor. Die Mütter sollen zugleich für geeignete Hauspflegerinnen sorgen, die während der Abwesenheit der Geborenden das Haus zu besorgen haben. Zum Schutz der Säuglinge sollen Mütter verpflichtet werden und den stillenden Müttern zweimal täglich eine halbe Stunde Pause zum Stillen gewährt. Weiter wird die Errichtung von Mütterberatungsstellen gefordert. Aber auch hier bei der Beratung dieser Anträge werden die bürgerlichen Parlamentsvertreter die Ablehnung oder Verschlechterung des Gesetzes mit den hohen Kosten, die ein solch notwendiges sozialpolitisches Gesetz verursachen würde, begründen, wozu sich die Antragsteller schon im Vorhinein mit dem Einwand wappeten, daß dagegen Abstriche vom Heresetat gemacht werden müßten. Aber so etwas tut natürlich kein Klassenstaat.

Auch in der Po.ä.ischen Kammer liegt ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, eingebracht von Sufe Bruneweg, schon vom 26. Februar 1919 vor. Er lautet: „Da es im Interesse der Gemeinschaft liegt, die Lebensfähigkeit des kommenden Geschlechts zu fördern, und da der Schutz des Kindes bei der Sorge um die Mutter beginnt, wird der Minister aufgefordert, so schnell wie möglich Maßregeln zu treffen, um eine abgabefreie Unterstüzung für die schwangeren Frauen, die dies nötig haben, zu gewähren, damit sie in der Lage sind, ihre mütterlichen Funktionen zu erfüllen.“ Aber die Reaktion, die in solchen Ländern immer frecher ihr Haupt erhebt, versucht es auch in Holland, so einschneidende und notwendige Maßnahmen für die proletarischen Frauen aus Selbstscham zu hinterziehen. Gerade so wie bei uns in Deutschland die evangelischen und christlichen Frauenvereine gegen den im Reichstage vorliegenden Antrag auf Befreiung der Paragraphen 218—220 des Strafgesetzbuches, die die Abtreibung als Verbrechen stempeln, durch Petitionen und Eingaben Sturm laufen, so hat auch der katholische Frauenbund Hollands, der rund 50 000 Mitglieder vertritt, an die Kammer eine Adresse geschickt, worin diese dringend erjucht wird, den Antrag von Sufe Bruneweg nicht anzunehmen. Die Begründung dieser Eingabe ist dort wie hier die gleiche. Durch die Unterstüzung auch der unehelichen Mütter bzw. durch Zulassung der Abtreibung der Frucht, würde die Sünde eine offene Gasse gebahnt, die verheirateten Frauen dadurch benachteiligt werden und Unzucht und Zuchtlosigkeit entzünden.

B. B.

Die Arbeiter und die Maschinen.

Die Maschine ist einerseits ein.s der mächtigsten Instrumente des Dispositionsmas und der Ausjagung in den Händen der Kapitalisten gewesen. Andererseits ist die Entwicklung der Mechanik die notwendige Bedingung zur Aufhebung eines wahrhaft sozialen Systems der Produktion an Stelle des Lohnarbeitsystems. Die Maschinen werden nur dann wahre Dienste dem Arbeiter leisten, wenn eine gerechtere Organisation sie in dessen Besitz gebracht haben wird.

L. Marx.

*) Vor dem Kriege galt der Schilling rund eine Mark
) 1 Pfund Sterling galt vor dem Kriege rund 20 Mark; die entsprechenden Ausgaben wurden sich also auf rund 300 Millionen Mark belaufen haben.